

bomben, Kampfmittel usw.! Dabei war jede Einzelheit für den feindlichen Nachrichtendienst von größter Bedeutung, da z. B. die Länge der Bahnrampen, die Zugfolge im Eisenbahnmarsch oder die Mobilmachungseinheit selbst der Reserve-, Landwehr- und Ersatzregimenten für das Gesamtbild des feindlichen Aufmarsches von größter Bedeutung war. Die 18 „Landesverräter“ von 1913 hatten also immerhin einen riesigen Fragenkomplex an den Mann zu bringen, der damals, als die Kriegsspannung bereits Siedegrade erreicht hatte, von allergrößter Bedeutung war!

Was gibt es dagegen 1928 zu „verraten“? Viel weniger, als der Laie denkt! Mobilmachung? Kommt praktisch gar nicht in Frage, da nennenswerte, geschichtsbrauchbare „Ergänzungsformationen“ gar nicht aufzustellen sind. Grenzschutz? Der vollzieht sich nach demselben Schema in jedem Land! Es ist also ganz belanglos, wenn die „Weltbühne“ oder die „Menschheit“ ein Schriftstück von irgendeiner angeblichen Grenzschutzhformation publiziert! Aufmarschplan? Gibt es in der politischen Lage, in der wir uns momentan befinden, überhaupt nicht. Die Zahl der „Varianten“ wäre heute so groß, daß sich der Generalstab besser auf den gesunden Menschenverstand verläßt! Mit einem mündlichen „Kriegsspiel“ von zwei Stunden ist alles Erdenkliche getan! Festungen, Großkaliber, Kriegsfußzeuge und Gaskampfwaffen in Massenfabrikation? Gibt es natürlich nicht!

Wirklich streng geheimzuhalten sind — meiner Überzeugung nach — bei der augenblicklichen militärischen Lage Deutschlands, die zweifellos sehr prekär ist und nicht mit den Methoden der pazifistischen Ultras zu meistern ist, lediglich Konstruktionspläne für Geschütze und Flugzeuge und chemische Präparate für Gaskampf und Gaschutz — Dinge, die man in einem Generalstabsbureau und in einem Laboratorium sehr gut verschließen kann!

Alles andere, was die 523 „Landesverräter“ im Jahre 1928 angeblich verraten haben, ist entweder dummes Zeug — oder grober Unfug — oder die Justiz ist ein politisches Kampfinstrument, um den innerpolitischen Gegner niederzurufen oder aus dem Wege zu räumen!

Im übrigen arbeiten neuerdings das Reichswehrministerium, das Reichsgericht und der Strafrechtsausschuß des Reichstags Hand in Hand, das Landesverratsdelikt zu einem politischen Machtinstrument der Wehrmacht und der Justiz gegen das friedensbereite, republikanische Deutschland auszubauen.

So erklärte am 9. Januar 1928 der Staatsrechtslehrer der Universität Berlin, Professor Kohrausch, auf einem Diskussionsabend der Berliner Juristischen Gesellschaft den Grundgedanken von „Notwehrrecht des Staates“ auch gegen den Verfall der Verträge als Verstoß der Landesverratsdeliktpraxis des Reichsgerichts.

Der Ebermannsche Kommentar zum Landesverratsparagrafen stellt dagegen jeden „ausdrücklich oder stillschweigend gemachten Vorwurf, die deutsche Regierung wisse, dulde oder fördere entgegen den in Versailles übernommenen Verpflichtungen derartige Zustände — unter Strafe und die Reichsgerichtsentscheidung vom 6. April 1927 bedroht jede antimilitaristische Weidung als „Verletzung der Reichswehr“, die regelmäßig eine „ehrlose Gesinnung“ zur Voraussetzung habe, mit Zuchthaus.

Der fünfjährige Landesverratsparagraf (§ 95) des im Schoß des Strafrechtsausschusses des Reichstags ruhenden Strafgesetzbuches aber geht noch weit über die Landesverratspraxis der Kaiserzeit hinaus und bedroht jedermann mit Zuchthaus, der in Beziehung auf einen drohenden Krieg nach Auffassung des Reichsgerichts, „der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zufügt“.

Dabei wissen die Herren sehr wohl, daß man mit diesem Rechtsmittel jede politische Persönlichkeit aus dem Weg räumen kann, die sich dem Bahnhof einer neuen Kriegspolizei mit den besten Argumenten in den Weg zu

stellen mag. Ganz gleich, wie die Würfel in der nächsten Zeit im Reichstag fallen — dieses Experiment, den Kasernenhofstaat Wilhelms des Dritten über die Landesverratsdeliktatur hinweg wieder aufzurichten zu wollen, soll der Bürgerblock bei den kommenden Wahlen teuer bezahlen!

Preußens Landwirtschaft.

Minister Steiger spricht im Hauptausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags führte zunächst der demokratische Abgeordnete Bachhorst die Worte aus: „Zollpolitik bringt dem bäuerlichen Besitz keinen Nutzen. Der Zoll für Mais und Futtergerste ist viel zu hoch. Die jetzige Zollpolitik des Landbundes mit dem lächerlichen Zolltarif ist keine Politik für den Bauernstand. Herr Krüger als Staatssekretär sand gestern nicht den Beifall des deutschnationalen Redners Milberg. Als Regierungspräsident hat sich Herr Staatssekretär Krüger als einer der tüchtigsten Beamten erweisen und sich die Hochachtung aller Kreise, besonders auch der Bauern des Bezirks Mänsburg erworben.“

Landwirtschaftsminister Steiger:

Im Jahre 1927 sind 27000 Hektar auf dem Wege der Zwangsversteigerungen veräußert worden, und zwar vornehmlich in Ostpreußen, Brandenburg und Niederelben. Die Zahl der Fälle von Zwangsversteigerungen ist halb so groß, die Fläche aber größer als 1913. (Zwischenruf? Das spricht gegen den Großgrundbesitz.)

Die Ernte von 1927 ist mit Ausnahme der Zuckerrüben eine bedeutend bessere.

In Bezug auf Düngung ist 1927 ein Rekordjahr.

Es sind allein 400000 Tonnen Stickstoff verbraucht worden. Auch die Brotverföhrung ist gesicherter als man annahm. Die Fleischverföhrung ist besonders günstig.

Die Zahl des Rindviehs ist um 500000 gegen 1926 gestiegen. Die Zahl der Pferde hat mit 2015000 Stück den Stand der Vorkriegszeit fast erreicht. Die Kuhhaltung wie die Milchproduktion ist 1927 wesentlich gesteigert. Der Schweinebestand hat gegenüber 1913 eine

Erhöhung um 300000 Stück

erfahren. Die Zahl des Geflügels ist 2 Millionen Stück größer als 1913. Die Veräußerung der Landwirtschaft ist verhältnismäßig beim Großgrundbesitz und bei großen bäuerlichen Besitzungen stärker als beim Kleinbesitz. Auf dem Anleihewege ist es dem Ministerium gelungen, Auslandsanleihen der Landwirtschaft der einzelnen Provinzen günstigere Abzahlungs- und Zinszahlungsbedingungen zu vermitteln. So ist die Rückzahlung der 6-Millionen-Dollaranleihe an die schlesische Landwirtschaft von 3 auf 20 Jahre ausgedehnt worden. Bedacht wurden davon in Schlesien 180 Rittergüter und 1180 Bauerngüter. Diese allerdings nur mit einem Drittel der Anleihe (hört, hört! links.) Zinsverbilligungen staatlicher Kredite kann ich nicht zustimmen.

Die im Zolltarif vorgesehenen neuen Zollsätze

auf Gemüse (vor dem Kriege zollfrei), Obst, Käse, Butter, Masthühner, Pferde und anderes mehr gab Gelegenheit zu Zugeständnissen unsererseits beim Abschluß von Handelsverträgen. Den Bestrebungen der Weltwirtschaftskonferenz auf Abbau der Agrarzölle kann ich nicht zustimmen! Wir fördern und müssen viel intensiver fördern den Gemüsebau, die Grünlandbewegung, den Weinbau, die Feldbereinigung, die Zümmenungen und Umlegungen (wobei noch 276000 Hektar bearbeitet werden müssen, was im jetzigen Tempo noch 60 Jahre dauern würde). Hier fehlen mir Beamte. Auch in der Frage der Meliorationen und der Fluhvegetierungen haben wir noch große Aufgaben vor uns.

Es ist ungeheuerlich, wie z. B. der Schlesische Landbund die Öffentlichkeit über die Frage der Meliorationen und die Kompetenzverhältnisse Preußens mit dem Reiche irreführt.

Der Bohemien.

Von Maria Fictor.

In einem Nachmittage brachte mein Mann ihn vom Café mit nach Hause. Ich hatte ihn oft zuvor auf der Straße gesehen, und sein zerfallenes Gesicht hatte mich interessiert, trug es doch zwischen einem Ausdruck von Genialität. Sein Anzug war abgetragen, zu groß, vernachlässigt; die rechte Tasche ausgebeutet als ständiger Stützpunkt für den Arm, unter dem eine dicke Klappe steckte. Melitern, halbtaub redend, gestikulierend, den Oberkörper leicht vorgebogen, ging der etwa Biergläserne seltsame Beges.

Mein Gatte glaubte, einen Schachpartner in ihm gefunden zu haben. Gleichsam auf starrer Hand trug der Fremde uns entgegen, daß er ein Bohemien sei, mit den angeborenen Allüren eines Grandseigneurs. Daß gegen das Bürgertum, Hochmut gegen die Elendensdienste des Arbeiters beherrschte ihn, und sein janaischer Eifer rief mit, wenn er klarierte, wie dem arbeitenden Volke vom Schmate, der seine Verpflichtungen nicht kenne, gehalten werden müsse. Man war überzeugt, daß er bei vorhandenen Mitteln jedem blind gehalten haben würde, und wenn er ein paar Pfennige zu pumpen suchte, um einen Nachmittage im Café verdämmern zu können, konnte man sie kaum verjagen. Sobald er sich in Begeisterung redete oder auch wenn er aus Dostojewski, Rilke — Däubler vorlas, war sein Gesicht lebendig, fast schön. Ich hörte ihn einen unproduktiven Schwächer nennen, jedoch die Fähigkeit, mit der er seinen Träumen, seinem Schönheitswahn nachging, war für ihn nicht unproduktiv. Er näherte sie ihm doch innerlich. Die völlige Untauglichkeit für das praktische Leben entsprang ständigen Ängsten, Minderwertigkeitsgefühlen und Mißtrauen und machte ihn lächerlich. Monatsläng kam er fast täglich, blind dem Impuls nachgehend, aus Wangel an Konzentration, die ihm bereits unerträglichen Zwang bedeutete, machte er völlig tonische Zuge auf dem Schachbrett. Mein Mann erkannte das und lud ihn leise, aber deutlich auf meine Schulter ab. Er redete unerschrocken und kam von treffenden Urteilen in ermüdende, bisföhrte Ironie. Allmählich entwichen wir uns der Nähe, zu verbergen, wenn er uns unangenehm war. Fühlte er es, ging er darüber weg, zog den Kopf ein, lächelte verzehren, und sein Gedankenstrom, der gelegentlich, ihm unbezweckt, laut wurde, war: „Bin ich euch wieder einmal lästig in das Spielertum geplatzt?“

Oft war er in schlechter Verfassung. Er hatte einmal eine Frau aufgeben müssen. Mitunter packte ihn die Erinnerung, die Rot des Entzemes, dann wühlte er gegen sein zerföhrenes Leben, seine Feigheit, schädigende Nachlässigkeit und gegen Gott, den er zugleich schuldlich fühlte. Da sah er, eine lebende Ironie auf die Freiheit seines Daseins; Tränen liefen ihm über das Gesicht, es war wie eine große Affene Wunde in ihm, die mit der Güte einer Frau viellecht zu heilen gewesen wäre. Nervös rieb er die Hände, dehnte sich in die Länge fremder Stuben, bis er wieder in uferlose Wägen verfaß.

Zumeilen haßte ich ihn. Wenn ich ihm bedeutete, seine häufigen Besuche schädigten meinen Ruf, forderte er als etwas Selbstverständliches, daß ich Geist genug besäße, außerhalb der engen Bürgermoral zu stehen. Hilfslos und erbittert empfand ich die Beharrlichkeit seiner Besuche als unangenehme Klebrigkeit.

Nach einiger Zeit bezog er einen Dachraum, Großzügig wurde von Bekannten die Miete bestritten. Er hatte mich gesehen, dort nach dem Rechten zu sehen. Wie ich aus dem Fenster des letzten Ateliers blickte, über Dächer gerade auf die Hausmauer, unter der sich meine trübe, ereignissschwere Kindheit abgepiekt, packte mich die Erinnerung so heftig, daß ich weinte. Vergerlich über meine Schwäche, bekam ich mich wieder. Er war indessen auf bärtigem Lager gefallen, mit wacher, schweigender Teilnahme und Güte im Gesicht: „Ja — ja“, nickte er, „wenn man aus dumpfen Mauern kommt!“ Ich wußte jetzt, daß von derselben Güte, die er suchte, soviel in mir war, daß manchem Menschen damit hätte geholfen werden können. Früher schon hatte er mir von seiner Jugend erzählt. Auch seine Erbitterung gegen wohlgeborene und ausgeglichene Seelen konnte ich nicht verstehen, wie sein Leben, da sein Ursprung dem meinen gleich. Innerlich hat ich ihm meine Unabwendbarkeit ab, denn ich erkannte meine Lebens- und Willenskraft als Vergünstigung, die nicht mein Verdienst war.

Freiwandende Autoren. Die gefestigte Bestimmung, die in Deutschland noch in Kraft ist, da die römische Urheberrechtsgesetzgebung des vergangenen Herbstes noch keine entscheidenden Beschlüsse über die künftige internationale Schutzfrist gefaßt hat, läßt ab 1. Januar 1928 die Werke folgender Autoren aus dem alleinigen Besitz der Originalverleger und der Erben in den Besitz der Allgemeinheit übergehen: Jacob Burckhardt, Kultur- und Kunsthistoriker in Basel, Verfasser berühmter Werke über die Kultur und über die Geschichte der Renaissance in Italien, vor allem auch des „Cicerone“, Anleitung zum Genieß der Kunstwerke Italiens; Wilhelm Heinrich v. Riehl, der als Direktor des Bayerischen Nationalmuseums starb und Verfasser zahlreicher und sehr beliebter kulturhistorischer und kulturhistorischer Studien und verschiedener Romane war; Emil Rittershaus, einer der bedeutendsten Lyriker der sogenannten Wupper-taler Dichterschule; endlich Daniel Sanders, dem Deutschland ein höchst grünliches Wörterbuch der deutschen Sprache verdankt. Unter den Russen, deren Werke freimachen, steht an erster Stelle Johannes Brahm, von dessen Werken Breitkopf und Härtel in Leipzig eine kritische Gesamtausgabe angehtündigt haben.

Chinesen außerhalb Chinas. Die chinesische Bevölkerung in fremden Ländern beträgt nach einer neuen Statistik, die in der „Östasiatischen Rundschau“ wiedergegeben wird, etwa 10 Millionen, und zwar befinden sich in Niederländisch-Indien 1835000, in Französisch-Indo-China 1030000, in Hongkong 445000, in den Vereinigten Staaten 150000, in Burma 130000, im Malagen-Archipel 93000, im europäischen Rußland 71000, auf den Philippinen etwa 40000, in Korea über 30000, in Australien rund 20000, in Kanada 12000.

Ein allgemeiner Friedenspakt.

Nur Schweden und Norwegen röhren sich.

Genf, 10. Januar.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat von der schwedischen Regierung als Antwort auf die Einladung, die das Sicherheitskomitee der vorbereitenden Abrüstungskonferenz an alle Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes gerichtet hat, den Entwurf eines allgemeinen Schlichtungs- und Schiedsvertrages erhalten.

Der Entwurf nimmt die Grundsätze des Locarnopaktes wieder auf und sieht vor, daß Rechtsstreitigkeiten dem Internationalen Gerichtshof oder einem Sondergericht und politische Streitfälle einem Schlichtungskomitee unterbreitet werden und, wenn der Schlichtungsversuch fehlschlägt, vom Völkerverbund mediet behandelt werden. Wenn die beiden Parteien einverstanden sind, so können nach dem Entwurf auch die Rechtsstreitigkeiten vor ein Schlichtungskomitee gezogen und erst nachträglich dem Gerichtshof unterbreitet werden.

Die norwegische Regierung hat ebenfalls einen Entwurf eingekandt, der auf den gleichen Grundgedanken aufgebaut ist.

Amerika verzichtet auf allgemeinen Kriegsverzichts?

Washington, 10. Januar.

Die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich über den neuen Schiedsvertrag machen betrübende Fortschritte. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen dürfte sich herausstellen, daß man den in der letzten Woche so stark erörterten Briand-Kellogg'schen Kriegsverzichtsplan entbehren kann, da der neue Schiedsvertrag alle irgendwie möglichen Fälle einbezieht. Der neue Vertrag unterwirft alle Streitigkeiten mit Einschluß der früher ausgenommenen Streitigkeiten über Lebensinteressen und nationaler „Ehre“ einem Schiedsgericht; ausgeschlossen bleiben lediglich vier Punkte: 1. Innere Angelegenheiten; 2. Fragen, die einen dritten Staat betreffen; 3. für die Vereinigten Staaten die Monroe doktrin; 4. für Frankreich dessen europäische Bindungen. Aber auch Differenzen über diese vier Punkte dürfen nicht sofort ausgetragen, sondern müssen dem im Briand-Bertrag, auf den der neue Schiedsvertrag ausdrücklich Bezug nimmt, vorgesehenen Verfahrungsverfahren unterworfen werden. Man hofft, wenn dieser Vertrag mit Frankreich unterzeichnet ist, ein gewaltiges Reg gleichlaufender Schiedsverträge mit möglichst vielen anderen Staaten abzuschließen und für die Länder ohne Briand-Bertrag dessen Bestimmungen in den neuen Schiedsvertrag hineinzuverleihen.

Zentrumswarnung vor Luther.

Frankfurt a. M., 10. Januar.

Das hiesige Zentrumorgan die „Rhein-Raunische Volkszeitung“ steht der Gründung des Reichskongresses Dr. Luther, der sich auch namhafte rechtsstehende Zentrumskreise angeschlossen haben, mit Mißtrauen gegenüber. So schreibt das Blatt: „Am Bund der Erneuerung des Reiches haben die Wirtschaftler ein bedenkliches Uebergewicht. Der Name Hans Luthers tauchte nicht zum ersten Male in Verbindung mit Bestrebungen auf, die politische Führung des Reiches den Interessen der Wirtschaftsmächte unterzuordnen. Hier sei eine ernste Warnung am Platze.“

Die „Devoti“ schickt uns folgende Berichtigung: „An der Margenausgabe vom 24. Dezember des „Vorwärts“ heißt es: „Hugenberg macht Personalpolitik“. Wir stellen folgendes richtig: Der deutschnationalen Abgeordnete, Herr Hugenberg, ist an unserem Unternehmen vollkommen unbeteiligt. Wir sind ein rein kaufmännisches Unternehmen und verfolgen keinerlei politische Tendenzen.“

Der belgische Neutralitätsvertrag sollte vom Gesamtarchie der britischen Regierung als Ratifikations-Postkarte herausgegeben werden. Diese Neuauflage der Weltkriegspropaganda unterbleibt auf Einpruch des britischen Außenamtes.

Hypnose und Notzucht. In der „Forensisch-Medizinischen Vereinigung“ fand ein Vortrag von Geheimrat Rall statt über „Hypnose und Notzucht“. Wer erwartet hatte, von sachmännlicher Seite etwas Allgemeines zu jenem Thema zu hören, dürfte enttäuscht gewesen sein, da der Vortragende bei dem Beispiel des Erichsen-Prozesses stehen blieb und den Nachweis führte, daß — entgegen der Annahme des Gerichtes — unbedingt ein hypnotischer Zustand des Opfers vorgelegen habe, da nur ein solcher die Ereignisse, insbesondere die Erinnerungsskizze der Patientin befriedigend zu erklären vermöge. Leider führte Rall, wie dies ja nachherade zur Regel in seinen Vorträgen zu werden scheint, diesen Nachweis nicht ohne die heftigsten Zusätze gegen seine ebenfalls anwesenden Rivalen im Erichsen-Prozess: Prof. Heeneberg und Prof. Strauch, Ordinarius für gerichtliche Medizin an der Universität Berlin. Er warf ihnen mangelnde Sachkenntnis auf dem Gebiet der Hypnose vor, zu der die Herren sich nichtsdestoweniger in diesem schwierigen und heiklen Fall vor Gericht geäußert hätten. Dies führte zu einer sehr fruchtbaren Aussprache, die den passiven Teil des Abends darstellte und auf großartige Mißstände in unserem Sachverständigenwesen hinwies. Rall erklärte, den Hirschberger Prozeß nur deshalb ausser Acht zu haben, um der künftigen Rechtsprechung zu nützen. Die Frage der Auswahl der Sachverständigen mußte einmal ernstlich besprochen werden. Man sollte als Sachverständige künftighin keinesfalls Männer laden, die auf dem betreffenden Gebiet nur theoretisch gearbeitet haben, sondern in erster Linie Männer der Praxis. Da würde es in Zukunft nicht mehr so sehr unerfreulichem Bild kommen wie im „Hirschberger Prozeß“, wo bis heute, wie der Abend deutlich erwies, keinerlei Einigung unter den Sachverständigen herabgeführt ist. Auch medizinische Sachverständige seien keine Universalspezialisten. Weiterende praktische Erfahrung können auch sie nur auf einem kleinen Spezialgebiet erwerben, und nur auf diesem dürften sie künftighin ermächtigt sein, ihr Gutachten abzugeben!

Dr. L. H.

Vollstühle und Theater am Schiffbauerdamm. Nach dem zehnten der Vollstühle und Theater am Schiffbauerdamm ist dieser verpachtet, der Vollstühle für ihre Wirtin bis zu 4000 Stühle wöchentlich zur Verfügung zu stellen. Diese Beschaffung hat zur Voraussetzung, daß die Wirtin die Stühle im Einverständnis mit der Vollstühle erfolgt und daß die Ausführungen demnach ihren Ansprüchen gerecht werden.

Musikrevue. Das für den 10. Januar angekündigte Konzert von Banda und Orchester am 20. Januar mittags 1/2 Uhr in der Volksbühne verlegt werden. Es ist dies die einzige Konzerte für Banda und Orchester, die Frau Sandowka in Berlin gibt.

Friedrich Wolf kommt Dienstag im Rahmen der Festschule-Gesellschaft zum ersten Mal nach Berlin. Die Festschule-Gesellschaft, die Kunst des Vortrags (mit praktischen Übungen). Die Vorstellungen finden in der Reichlichen Hochschule, Holtenauerstraße 38, statt.

Die Subingenieurheit für wissenschaftliche Holzwasserwerke bei der Staatlichen Stelle für Bauwesen/Verwaltung in Berlin beginnt am 10. Januar mit der ersten Vorlesung dieses Winterjahres. Teilnahmearten und nähere Auskunft bei der Reichlichen Hochschule, Holtenauerstraße 37 (Zentralbüro: Rahm 6000).

Prof. A. Kellersberg ist in Fern im Alter von 61 Jahren gestorben. Er hat sich herbeizugewandt mit den Fragen der Sozialpolitik beschäftigt.

Spionage.

Ein Riesenprozeß vor dem Reichsgericht. — Dokumentenfälschung und Landesverrat.

Heute begann vor dem Reichsgericht in Leipzig ein Spionageprozeß großen Stils, der mehrere Wochen dauern wird. Im Mittelpunkt steht die Person eines gewissen Schred. Er war früher deutscher Spion in der Schweiz. Als er in der Anstalt das Geld verloren hatte, das er bei diesem Geschäft verdient hatte, betrieb er Spionage für Polen und Frankreich. Ein typischer Fall!

Ein abenteuerliches Leben wird in diesem Prozeß aufgerollt, Licht fällt in den Betrieb der Spionage und Gegen-spionage, in das Handwerk der dunklen Ehrenmänner, die die Militärs nun einmal für lebensnotwendig halten.

Leipzig, 10. Januar.

Zu der heutigen Verhandlung vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts hatten sich außerordentlich viel Zuhörer eingefunden, da der Prozeß ein erhebliches politisches Interesse erregt. Man sah im Saal auch eine Anzahl Vertreter des Reichswehrministeriums, das ja an dieser Verhandlung außerordentlich interessiert ist, da es sich bei den Fälschungen um sogenannte „Dokumente“ aus dem I. Weltkrieg handelt. Gegen 9 1/2 Uhr wurden die beiden Hauptangeklagten Anton Schred und Karl Hermann Koch, die des Betrags militärischer Geheimnisse beschuldigt werden, aus der Haft vorgeführt, während der dritte Angeklagte Gerhard Schulz sich auf freiem Fuß befindet.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, in dem davon die Rede ist, daß die Angeklagten Schred und Koch

Teile von echten militärischen Denkschriften an ausländische Mächte verlesen

haben, während Schulz bekanntlich nur wegen Meineides in dieses Verbrechen gekommen ist, gab Senatspräsident Reichert einen kurzen Ueberblick über das, was in großen Zügen Gegenstand dieses Prozesses ist. Er betonte, daß die Verfälschung der Dokumente, denen der Anschein gegeben wurde, als ob sie aus dem Reichswehrministerium stammten und die in dieser Form an den polnischen Spionagedienst verkauft wurden, lediglich Spionagebetrug wäre, wenn nicht nach der Mitteilung in diesen gefälschten Urkunden auch Teile von echten Mitteilungen enthalten wären und auf diese Weise ebenfalls zur Kenntnis Polens gekommen seien. Der Meineid des Schulz bezieht sich darauf, daß er vor dem Untersuchungsrichter wider besseres Wissen bekundet hatte, er kenne den Aufenthalt des Koch nicht.

Schred schilderte dann sein ziemlich bewegtes Vorleben und seinen Aufstieg aus ärmlichen Verhältnissen zu einer Persönlichkeit, die nach dem Kriege in Bayern zu politischen und leitenden wirtschaftlichen Kreisen Beziehungen hatte. Die Monotonie seiner Schilderung nahm ein jähes Ende, als der Vorsitzende die Tätigkeit Schreds im Kriege anschnitt. Sehr energisch betritt der Angeklagte zunächst, daß er keinen Verlust gemacht habe, Kriegsdienste zu leisten. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärte er dann, er sei im Herbst 1914 schließlich nach der Schweiz, und zwar nach Zürich gegangen, um dort Geschäfte zu machen, da in Deutschland für ihn nichts zu erreichen war.

Er habe zunächst nur seine Geschäfte gemacht bis zu dem Augenblick, als er dem deutschen Militärattaché über eine für Deutschland gefährliche Persönlichkeit in der Schweiz Mitteilung gemacht habe. Darauf habe er vom deutschen Abwehrendienst weitere Aufträge erhalten, insbesondere zu Nachforschungen über den französischen Spionagedienst. Doch: Es besteht der Verdacht, daß Sie auch für die Gegenseite gearbeitet haben. Angekl.: Ich hatte jeden Tag einen Auftrag des deutschen Abwehrendienstes, Meldungen auszuforschen. Von 1916 bis Frühjahr 1918 habe ich fast meine ganze Zeit auf diese Tätigkeit verwendet. In diesem Abwehrendienst habe ich dann auch eine Reihe von Namen geführt und Ausweise gefälscht, um beispielsweise postlagernde Sendungen abholen zu können. Ebenso wurden mir Nachsendungsanträge gefälscht von Personen, deren Post wir kontrollieren wollten, und deren Briefe wir auf Grund dieser Anträge selbst in die Hand bekamen. Doch ich für die Gegenseite gearbeitet habe, ist absolut unrichtig.

Doch: Sie verkehrten aber in Bern mit einem Wädel, das vielleicht eine feindliche Agentin war. Angekl.: Das war keine feindliche Agentin. Im übrigen haben mich die Schweizer wegen Neutralitätsverletzung auf Antrag der französischen Behörden verhaftet, außerdem wegen Sprengstoffschändens. Ich habe nämlich den Schmuggel von Sprengstoff durch italienische Anarchisten über Lugano nach Italien vermittelt. Mit diesem Sprengstoff soll später das italienische Schiffschiff „Bittorie Emanuele“ in die Luft gesprengt worden sein.

Der Vorsitzende kam dann auf den großen Unbekannten namens Mier zu sprechen, der später bei der Münchener Tätigkeit Schreds in den Darstellungen des Angeklagten eine große Rolle spielt, der angeblich in allen Fällen der Mittelmann zu den nationalen Verbänden gewesen sein soll, der wahrscheinlich aber überhaupt nicht existiert hat. Senatspräsident Reichert wies nämlich darauf hin, daß in der Kartothek des deutschen Abwehrendienstes in der Schweiz auch ein gewisser Mier verzeichnet war, und daß die Annahme nahe liege, daß Schred diesen Namen aus der Schweizer Zeit in die Münchener mit übernommen habe.

Der Angeklagte blieb aber dabei, daß ihm aus seiner Schweizer Tätigkeit ein Mier völlig unbekannt sei. Dann schilderte er, wie er es verstanden habe, sich der Untersuchungshaft in der Schweiz zu entziehen. Mit dem deutschen Abwehrendienst habe er sich aus dem Gefängnis dahin verständigt, daß er Verabrede simulierte solle, um in eine Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes zu kommen. Durch Koffler verständigte ich mich dann weiter mit dem deutschen Abwehrendienst. Bei Besuchen brachte man mir eine Wäscheleine in mein Zimmer, und an dem oben erwähnten Tage ließ ich mich an der Balne nachts aus dem Fenster, kletterte, als der Posten gerade vorüber war, über die Mauer und fand hier einen Führer, der mich über die Grenze brachte. Im deutschen Konsulat in Kreuzlingen wurde ich schon erwartet. Das war im Oktober 1918. Von hier kam ich nach Konstanz und ging dann nach München.

Der Vorsitzende fragte den Angeklagten Schred noch, ob er sich in der Schweiz als Aufsehermeister ausgegeben habe. Schred erwiderte, daß das nicht in der Schweiz, sondern einmal, und zwar nur Scherzhaft, Merrens gegenüber der Fall gewesen sei. (Lachen.) Dem Herrn Untersuchungsrichter habe ich aber gesagt, ich kenne Herrn Merrens nicht. In Wirklichkeit kenne ich ihn sehr gut und weiß auch, daß er mit den Arbeitkommandos in Berlin usw. zu tun hatte. Doch: Kamten Sie in der Schweiz auch einen Agenten Blecard, der jetzt in französischen Diensten steht. Angekl.: Nein, den kenne ich nicht. Dann schilderte Schred, wie er in der Umgebung von München mehrere Häuser erworben habe und sich überhaupt in der ersten Nachkriegszeit betätigt habe,

Zur Dahlemer Sprengstoffkatastrophe.

Der Haftbefehl gegen Weingärtner noch nicht bestätigt.

Wie wir heute morgen bereits mitteilten, ist Generalkonsul Weingärtner gestern abend in seiner Wohnung verhaftet worden und durch Kriminalrat Ditto während der Nacht eingehend verhört worden. Er wird, wie wir hören, noch im Laufe des heutigen Tages dem Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Charlottenburg vorgeführt, von dessen Entscheidung es dann abhängen wird, ob Weingärtner in der Haft bleibt oder nicht.

Die Vernehmungen durch die Städtische Kriminalpolizei haben am gestrigen Montagabend ihren Abschluß gefunden, und es bleibt jetzt nur noch die Erledigung kriminalistischer Kleinarbeit übrig. Von dem Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen, die durch die Chemisch-Technische Reichsanstalt durchgeführt werden, und von dem Resultat der höchstwahrscheinlich noch am heutigen Tage erfolgenden gerichtsarztlichen und gerichtschemischen Untersuchungen werden die weiteren Schritte der Staatsanwaltschaft abhängen, der nunmehr das ganze Material zur Verfügung gestellt wird. — Die Unglücksstätte in der Dorfstraße in Dahlem, die überaus während des gestrigen Tages und des heutigen Vormittags noch andauernd das Ziel vieler Schaustellungen war, wurde am gestrigen Nachmittag auch eingehend von einer Kommission des Ministeriums des Innern besichtigt, die sich eingehend über den Umfang und die Auswirkungen der Katastrophe von den mit der Untersuchung betrauten Beamten informieren ließ.

Keine weiteren Verhaftungen.

In der Dahlemer Affäre sollen noch zahlreichen Meldungen weitere Verhaftungen bevorstehen. Wie jetzt mitgeteilt wird, sind die Untersuchungen abgeklafft. Weber von der Staatsanwaltschaft noch von der Kriminalpolizei dürften weitere Verhaftungen vorgenommen werden. Ein Lokaltermin findet heute nicht statt, da die Sachverständigen bereits gestern die Proben der dort vorhandenen Explosivstoffe mitgenommen haben.

Ein Appell des Polizeipräsidenten.

Nachdem die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung der Dahlemer Explosionskatastrophe darauf schließen lassen, daß das Unglück durch unvorsichtige Handhabung mit Sprengstoffen verursacht worden ist, hat heute vormittag im Polizeipräsidentium und dem Voritz des Polizeipräsidenten eine Besprechung stattgefunden, die sich in der Hauptsache um die Frage drehte, ob die bestehenden Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen, mit feuer- und explosionsgefährlichen Flüssigkeiten und Gasen ausreichen oder ergänzungsbedürftig sind. Es wurde darauf nach einstimmigem Urteil der Sachverständigen festgestellt, daß die bestehenden Bestimmungen vollkommen genügen, wenn sie von den Beteiligten vorchriftsmäßig beachtet und durchgeführt werden.

Gegen verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen und schließliche Versuche mit Sprengstoffen, die naturgemäß vor der Polizei und den sonstigen Aufsichtsorganen gehandelt werden, kann die Polizei nur einschreiten, wenn sie davon Kenntnis erhält oder wenn irgendwelche Umstände oder Vorkommnisse den Verdacht einer strafbaren Handlung aufkommen lassen. Hierbei ist die Polizei in weitestem Umfange auf die Mitwir-

kung der Bevölkerung angewiesen. Der Polizeipräsident richtet daher an die gesamte Bevölkerung den dringenden Appell, im eigensten Interesse die Polizei von entsprechenden Beobachtungen in Kenntnis zu setzen.

Obduktion der Dahlemer Opfer.

Heute in den Vormittagsstunden fand im Leichenhaus Westend, Sophie-Charlotte-Straße 6, die gerichtsarztliche Obduktion der Leichen der beiden Dahlemer Opfer, des Kaufmanns Staumer und der Hausangestellten Schönefelder statt, die von dem zuständigen Gerichtsarzt Medizinalrat Hanumrich erfolgte. Der Obduktion wohnten die Vertreter der zuständigen Staatsanwaltschaft, die das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Generalkonsul Weingärtner führt, bei, und zwar die Staatsanwaltschaftsrate Berger-Bandelsch und Büchse. Das Ergebnis der gerichtsarztlichen Untersuchung liegt bisher noch nicht vor, da die Obduktion bei Schluß des Berichts noch andauerte. Auch die Bestätigung des Haftbefehls durch den zuständigen Untersuchungsrichter des Amtsgerichts Charlottenburg liegt zurzeit noch aus. Die Entscheidung ist dadurch verzögert worden, daß zunächst die Staatsanwaltschaft III mit den Ermittlungen beauftragt war, die die Angelegenheit dann an die Staatsanwaltschaft II abtrat. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Staatsanwaltschaft III doch zuständig war.

Am heutigen Vormittag sind von der Staatsanwaltschaft die Leichen sämtlicher Opfer des Explosionsunglücks in der Landsberger Allee freigegeben worden, so daß der Beerdigung nichts mehr im Wege steht. 14 der Leichen sind von der Staatsanwaltschaft unerschüttert freigegeben worden, während bei drei eine gerichtsarztliche Obduktion stattgefunden hat, und zwar bei den Leichen der Scheithauerischen Eheleute und deren Tochter.

Diese Obduktion hat, wie wir erfahren, zum Ergebnis, daß der Tod bei allen drei durch Verquetzung unter den Trümmern eingetreten ist. Bei den Eheleuten Scheithauer hat man ferner Spuren von Gas und bei der Tochter Spuren von Ammoniak festgestellt, jedoch hat diese Einatmung nicht direkt zur Tötung geführt. Es wurden nur kleine Reste von Gas beim Ammoniak festgestellt, während der Tod selbst durch Verquetzung der Atemwege eingetreten ist.

Gasexplosion in Hamburg.

Hamburg, 10. Januar.

In der vergangenen Nacht ereignete sich in einer Portierwohnung im Stadtteil Hammerbrook eine überaus heftige Gasexplosion. In der Wohnung, die einem Schiffer gehört, befanden sich zurzeit des Unglücks die Frau des Schiffers mit ihren sieben Kindern. Ein Kind bemerkte Gaseruch und weckte die Mutter, die mit einer brennenden Kerze den Flur betrat. In demselben Augenblick erfolgte die Explosion, durch die die Frau erhebliche Brandwunden an den Händen erlitt. Von den Kindern erlitt ein fünfzehnjähriger Knabe Brandverletzungen, während die übrigen unversehrt blieben. Die Explosion war so stark, daß die Korbentür aus den Angeln gerissen wurde und in der dem Hause gegenüberliegenden Straße mehrere Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Die Untersuchung ergab, daß bei der Gasuhr die untere Verschraubung gelockert hatte, so daß das Gas hatte entweichen können.

Der „unstatthafte“ Bubilops.

Die Marine nimmt Anstoß . . .

Es ist ja auch wirklich zu traurig, daß man unter dem jehzigen Regime keine Schächten so gar nicht mehr richtig unter der Kommande hat. Früher, ja, da sah man darauf, daß die Knöpfe an den Uniformen blühten und die Stiefel glänzten und der Schädel vorchriftsmäßig, streng mit dem Millimetermaß nachgeprüft, geschoren war. Und auch für die Herren Kameraden gab es einen Ehrenkoder für Haupt- und Barthar. Tempi passati, heute, wo sich ein jeder ericheit, seinen Kopf zu tragen, wie es ihm beliebt. Also bei der edlen Männlichkeit ist da nicht mehr viel zu wollen. So versucht man jetzt, beim jarten Geschlecht die perforierte Autorität wieder aufleben zu lassen. Der Chef der Marinestation der Ostsee gerubte einen Befehl zu erlassen, in dem er sich gegen den „unstatthafte“ Bubilops für die Damen der Marineoffiziere wendet. Ist das nicht wirklich rührend? Also teutsche Frauen an die Front! Her mit dem schneide verpönten Wilhelm! Rogelt ihn euch frisch und freudig auf den Kopf und tragt so das Eure dazu bei, die „milhelmische“ Gesinnung nicht nur heimlich im teutschen Busen, sondern frei und offensichtlich für jedermann zur Schau zu zeigen.

Ein Opfer eigener Unvorsichtigkeit.

Das unvorsichtige Handeln mit einer geladenen Schusswaffe hat gestern nacht wieder einen tödlichen Unfall verursacht. In einem Lokal in der Fürstenwälder Straße zu Rahnsdorf zeigte der 36jährige Gastwirt Paul Rutschbach aus Erkner einem Bekannten seine Revolverpistole. Er muß hierbei den Abzug der entladerten Pistole berührt haben, denn plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel drang Rutschbach in den Unterleib. R wurde in schwerverletztem Zustande in das Köpenicker Kreislankenhaus übergeführt, wo er unmittelbar nach der Einlieferung starb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Heinrich-Jille-Ausstellung im Märkischen Museum.

Das Märkische Museum veranstaltet am Dienstag, den 10. Januar, bis Sonntag, den 12. Februar, aus Anlaß des 36jährigen Geburtstages von Heinrich Jille eine Ausstellung, die sich „Jilles Werdegang“ betitelt. Eine Fülle hochinteressanter, charakteristischer Zeichnungen und Skizzen von der Hand des Künstlers, die einen bedeutsamen Einblick in die Entwicklung Jilles vermitteln, werden auf diese Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir lernen die Umgebung, in der das Professorentum aufwuchs, kennen und begleiten es mit immer größerer Anteilnahme und Ergriffenheit auf seinem an Rot und Rämpfen reichen Lebensgang. Vater und Mutter des Künstlers, arme Arbeiter — der Vater noch mit siebzig Jahren den schweren Weg zur Fabrik gehend —, werden unter der Hand des Sohnes lebendig; sogar hingeworfene Skizzen und farbentropfe Entwürfe von Landschaftszeichnungen aus der Umgebung Berlins, die zwischen die Wälder der jungen, naturliebenden Wälders in seinem alten geliebten Bost, greifen bedeutsame Anzeichen aus dem menschlichen und künstlerischen Entwicklungsgang des jungen Jille heraus. Dann folgt die zweite große Gruppe, die Auseinandersetzung mit der Großstadt, das Ringen um Berlin. Das futuristische, bleiche Kind, die unterernährte Mutter, schmähliche Kellerröcher und verurteilte Bubilops, Betrunkene und Kaldemmengegestalt, dazwischen lachende, schreiende, vergnügte Großstadtdöhren und derbe, energisch dahinstapelnde Weltlichkeit — so wagt es durch-einander, Arktis, blutvolle, lebendige Abhilder des Großstadtlebens, die eine mit allen Wurzeln des Lebens verknüpfte, proletarische und künstlerische, in der gesunder Humor und tiefer Ernst sich die

Wagholze halten, auf das Papier zu banen mußte. Es ist einer der großen Vorzüge der Ausstellung, daß sie es durch die Art der Anordnung versteht, dem Betrachter einen starken Eindruck von dem Einklang zwischen Mensch und Künstler in Jilles Werken zu vermitteln, ohne dabei das rein Sachliche, das „Miljö“ — darunter einzigartige Skizzen von Gebäuden des alten Berlin — zu vernachlässigen. Die Ausstellung ist außer Sonnabends täglich von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

Der Sprung aus dem Fenster.

Als die Hotelkontrolle kam.

Durch einen Sprung aus dem Fenster versuchte sich heute morgen ein Mann, dessen Person noch festgestellt werden muß, der Hotelkontrolle zu entziehen. In einem Hotel in der Kapallstraße floh gestern abend unter dem Namen Alexander Goller aus Worschau ein Mann ab, der als Gepäck nur ein Kofferchen mitbrachte. Er erklärte, daß er nur die eine Nacht bleiben wolle, bezahlte im voraus und erhielt ein Zimmer im zweiten Stock.

Heute morgen stellte die Hotelstreife fest, daß er sich nicht ordnungsmäßig eingetragen hatte. Ein Beamter klopfte deshalb bei ihm an, um sich seine Papiere anzusehen und ihn zur Feststellung nach der Revidierkasse mitzunehmen. Der angebliche Goller öffnete und bat, erst austreten zu dürfen. Aus dem Kofferkasten im zweiten Stock sprang er dann auf den Hof hinab und blieb mit einem Schädel- und Armbruch bewußtlos liegen. Schwerverletzt wurde er nach der Rettungsstelle und von dort nach der Klinik in der Siegelstraße gebracht, wo er noch nicht wieder zu sich gekommen ist. Sein Kofferchen war leer. Man vermutet, daß sich der Mann schon länger in Berlin aufgehalten und das Hotel nur aufgesucht hat, um sich vorläufig zu verbergen. Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei ist damit beschäftigt, seine Person festzustellen.

Der Postraub in Ohligs.

Auf der Spur der Raubmörder.

Wie wir kürzlich berichteten, wurden in Ohligs zwei Postbeamte von Räubern niedergeschossen. Die Polizei ist nun auf der Spur der Täter. Es handelt sich um zwei Leute, Hein und Bern. Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß sich die beiden Räuber in Burgheim im Kaiserstuhl aufgehalten haben, wo sie nach dem nächsten Weg zum Bahnhof fragten. Es wurde am Nachmittag noch einmal eine Streife mit Polizeihunden aufgenommen und eine Spur bis zum Bahnhof Jechlingen verfolgt. Dort scheinen die Verbrecher einen Zug bestiegen zu haben, um in das Innere des Kaiserstuhlgebietes zu gelangen. In verschiedenen Dörfern konnte festgestellt werden, daß die Bekleidung der beiden mit der in den Briefen angegebenen übereinstimmt, so daß kein Zweifel besteht, daß es sich tatsächlich um die beiden lang-geduldeten Verbrecher handelt. Die Verfolgung wird mit verstärkter Kräfte fortgeführt; man hofft, daß es gelingen wird, die Verbrecher zu verhaften.

Das Grubenunglück in Amerika.

Noch 30 Bergleute in Gefahr.

Nach einer weiteren Meldung aus West-Frankfort (Illinois) sind die auf der Beobachtungs-Grube eingeschlossenen Bergarbeiter bis auf 30 Mann befreit worden. Einer der eingeschlossenen ist getötet worden; die übrigen haben nach den bisherigen Feststellungen keine ernstlichen Verletzungen erlitten. Die Arbeiten zur Befreiung der noch eingeschlossenen Bergleute werden fieberhaft fortgesetzt.

Fortschritt der Gewerkschaftseinheit

Die Bedeutung des Beitritts der estnischen Gewerkschaften.

Am 7. gegen 27 Stimmen hat der estnische Gewerkschaftskongress in von uns bereits gemeldeten Beschlüssen, dem internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten. Als Auftakt für die in den nächsten Tagen in Berlin stattfindende Tagung des Ausschusses des IGB, ist dieser Beschluss besonders erfreulich.

Bereits im April 1927 fand ein Kongress der estnischen Gewerkschaften statt, der in einem Aufruf sich für Amsterdam erklärte und die Besprechung der Frage des internationalen Anschlusses für den nächsten Kongress vorschlug. Der Beschluss wird für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im hohen Osten von großer Bedeutung sein. Besonders hat der unter Leitung des IGB, am 6. und 7. Dezember 1926 in Stockholm abgehaltene skandinavisch-baltische Kongress u. a. beschlossen, neben dem skandinavischen auch ein baltisches Gewerkschaftskomitee zu gründen, sobald sich in Estland eine dem IGB. angeschlossene Landeszentrale gegründet hat. In einer der Resolutionen dieser Konferenz wird speziell auch auf die Unterstützung der Gewerkschaftspresse in den zurückgebliebenen Ländern gedrungen, wozu Thorberg bemerkt, daß sich die baltischen Länder zu diesem Zwecke an das zu gründende skandinavische Komitee wenden können.

Die Gründung der estnischen Landeszentrale wird mit diesem Kongress eine vollendete Tatsache werden, und wenn

bereits der letzte Kongress in der Entwicklung der estnischen Gewerkschaftsbewegung zu einem Wendepunkt geworden ist, indem die früher nur zu einem geringen Bruchteil in der stark kommunistisch orientierten Gesamtbewegung vertretenen Anhänger der freigewerkschaftlichen Richtung zu einer starken Gruppe geworden sind, so ist ein weiterer Schritt in freigewerkschaftlicher Richtung gerechtfertigt. Jetzt wird die Bildung der genannten Kommission möglich, was für die Erhaltung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im Baltikum, die bereits durch die rührige Landeszentrale Lettlands und die dem IGB. beigetretenen Zentrale von Litauen erheblich gefördert wird, von größtem Vorteil sein kann.

Trotzdem Estland ein kleines Land ist, kann seine klare Stellungnahme im Rahmen des Baltikums und Skandinaviens viel dazu beitragen, der schwankenden und damit schwächenden Politik im hohen Osten, die leider durch die kürzlich erfolgte Stellungnahme Norwegens zum Nachteil aller um ein Beispiel reicher geworden ist, eine eindeutige Richtung zu geben. Es wird ein Zeichen sein, daß in Estland, das eines jener Länder ist, dem der Krieg wohl das Dasein, jedoch nicht die nötigen Lebensmöglichkeiten gegeben hat, jene Kräfte zum Durchbruch gelangt sind, die auf sozialem Wege zu erreichen suchen, was Unruhe und schwankende Politik nicht geben können und werden.

Die schlechten Wohnungsbaufinanzen.

Rur 1,2-1,4 statt 2,5 Milliarden.

Das lange von der Reichsregierung versprochene Wohnungsbauprogramm besteht bekanntlich für 1928 darin, daß man wieder kein Programm aufgestellt hat. Wie aus der Reichsregierung gemeldet wird, soll es auch dabei bleiben. Man hält es dort für das Beste, daß weder die Frage der Finanzierung noch der Umfang der Bautätigkeit lange in der Öffentlichkeit diskutiert werden und daß die Regelung nach Möglichkeit wie bisher erfolgt. Der Nachdruck liegt hierbei auf den Worten „nach Möglichkeit“, weniger auf den Worten „wie bisher“.

Wie nämlich weiter gemeldet wird, rechnet man nämlich für 1928 mit 600 bis 700 Millionen Baugeldern für erste Hypotheken und ebenfalls mit 600 bis 700 Millionen, die als Hauszinssteuer-mittel zur Verfügung stehen. Da anerkanntermaßen für die restlichen Spitzen, die der Bauherr selbst aufzubringen hat, das Geld sehr schwer zu beschaffen ist, wird es mit diesen 1200 bis 1400 Millionen Baugeldern für das Jahr 1928 dann auch sein Bewenden haben. Man wird also etwas mehr als die Hälfte der im Jahre 1927 errichteten Wohnungen bauen. 1927 standen 2,5 Milliarden für 250.000 Wohnungen zur Verfügung. Obwohl das Hauszinssteuer-aufkommen sich auch diesmal auf 800 Millionen Mark stellen wird, werden wegen der zahlreichen Vorgriffe aus dem Jahre 1927 sehr viel weniger Gelder zur Verfügung stehen. Eine Erhöhung der Zwischenkredite ist bei den Ländern nicht beabsichtigt.

In diesem Dilemma besteht bekanntlich der Ausweg der Reichsregierung darin, daß sie in erster Linie nur kleinste Wohnungen gebaut haben will, zum anderen aber darin, daß man den bisherigen durchschnittlichen Aufwand pro Wohnung von 10.000 Mark herabdrücken will auf 8000 R. Es kommt also auf eine Streckung der Finanzen und eine Verschlechterung des Bauwerts der Häuser sowie des Gebrauchswerts der Wohnungen hinaus. Immerhin wird aber doch auch von den Regierungsstellen jetzt an Auslands-geldern für den Wohnungsbau gedacht. Sollte sich zu Beginn des Frühjahrs herausstellen, daß die 1200 bis 1400 Millionen auch nicht voll zu beschaffen sein werden, so sei man in den zuständigen Kreisen der Reichs- und Landesregierungen entschlossen, ausnahmsweise auf die ausländischen Kapitalmärkte zurückzugreifen.

Besonders die letzte Bemerkung zeigt, daß man auch in Regierungskreisen den diesjährigen Baumarkt wegen der miserablen Finanzierungsmöglichkeiten als sehr kritisch ansieht. Scheinbar ist gegenüber dem Reichsfinanzministerium das grundsätzlich nicht ganz Unwahrscheinliche erreicht, daß wenigstens für das Minimalprogramm der Reichsregierung die fehlenden Gelder aus dem Ausland beschafft werden müssen. Ueber die Gefahren des schlechten Baumarkts für die Wirtschaftslage kann aber dieser Ausweg nicht hinwegtäuschen. Die Anstrengungen der Behörden, zur Finanzierung eines wirklich ausreichenden Bauprogramms, das allermindestens 200.000 Wohnungen umfassen muß, genügende Auslandsgelder zu beschaffen, müssen verdoppelt werden. Es muß vom Reichsarbeitsministerium und vom Reichsfinanzministerium in dieser Richtung viel mehr gesehen als bisher.

Ein Verkaufsoverband in der europäischen Rohstoffgemeinschaft. Die Bemühungen der Rohstoffgemeinschaft, Verkaufsoverbände zu schaffen, waren bisher ziemlich erfolglos. Für Frankreich scheint jedoch ein Verband jetzt zustande gekommen zu sein. Wie aus Paris gemeldet wird, waren die Verhandlungen zur Bildung eines nationalen französischen Verbandes für Träger und Halbzug von Erzola. Bereits in den nächsten Wochen soll der Verband in Tätigkeit treten.

Die neueste Parole.

Wie die SPD. Arbeiterpolitik macht.

Die „Rote Fahne“ hat nochmals Amerika entdeckt. Vor mehr als sieben Monaten hat der „Vorwärts“ in einem Leitartikel den Anschlag auf das Koalitionsrecht aufgedeckt, der durch Einschmuggelung des § 235 in den neuen Strafgesetzbuchentwurf versucht worden ist. IGB. und IFA-Bund sowie die einzelnen Gewerkschaften haben im gleichen Sinne gegen diesen hinterhältigen Versuch, großen Arbeitergruppen das Streikrecht zu rauben, Stellung genommen. Die Gewerkschaften waren sich einig mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß dieser Anschlag vereitelt wird, daß er gar keine Aussicht hat, im Reichstag eine Mehrheit zu finden.

Man entdeckt die „Rote Fahne“ diesen Paragraphen nochmals, wobei sie ihm allerdings eine andere Nummer gibt und Kraut und Rüben durcheinander wirft. Sie fügt hinzu, daß die Gewerkschaftspresse diesen Paragraphen begrüße, der sogar „das Entzünden der IGB.-Führer ausgelöst“ habe, ja die Gewerkschaftspresse habe diesen Schandparagraphen überdies als einzigen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Strafgesetz an.

Wir wissen nicht, ob dieses Gewich von Dummheit und Niedertrotz die neueste Parole der SPD. für den Kampf gegen die Gewerkschaften ist. Vielleicht handelt es sich nur um eine in Moskau bestellte „Arbeit“, um durch Sättigung dieses Blödsinns den russischen Arbeitern zu zeigen, daß es ihnen im Grunde nicht viel schlechter geht als den deutschen Arbeitern. Freilich genügt in Rußland bereits eine politische Meinungsdivergenz, um mit Hilfe der treu konformierten Methoden des Journalismus nach Sibirien verschickt zu werden. Monoch sich ein Redakteur der „Roten Fahne“ ausrechnen kann, was ihm blühen würde, wenn wir in Deutschland das Sowjet-System hätten.

Da wir es zum Glück für die Kommunisten nicht haben, können die Angestellten Stalins ruhig mit Tirpitz in Konkurrenz treten. Es blüht ihnen nur die Verachtung jedes anständigen Menschen. Aber was kann ein Mensch, der für Stalin schreibt, auch anderes erwarten!

Lohnkonflikt im Tapeziererberuf.

Am 31. Dezember ist die seit dem 15. März 1927 für Berlin bestehende Lohnvereinbarung abgelaufen. Als im vergangenen Herbst die Organisation im Auftrag der Mitgliedschaft an die Unternehmer herantrot, um auf Grund der ständig steigenden Erhöhung der Lebenshaltungskosten eine zwischenzeitliche Lösung herbeizuführen, erfolgte mit Berufung auf die damals noch bestehende Lohnvereinbarung trotz guter Konjunktur eine glatte Ablehnung. Nicht leichten Herzens wurde das Ende des Vertragsverhältnisses erwartet, um nun wenigstens auf dem Verhandlungswege eine Angleichung der bestehenden Löhne an die Teuerung zu erreichen. Allein die von der Organisation verlangte fünfzehnprozentige Lohnerhöhung wurde nicht nur für jetzt, sondern auch für die kommende Zeit, ohne überhaupt in eine Verhandlung einzutreten, auf schriftlichem Wege wieder abgelehnt. Die Ablehnung selbst sowie die

Form derselben ist frei von jedem Verständnis für die gegenwärtige Situation im Beruf und beleuchtet eigenartig die so oft betonte soziale Einstellung der Unternehmer im Tapeziererberuf.

Die im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeulier organisierten Tapezierer und Näherinnen werden den von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und wiederum beweisen, daß das wirtschaftliche Niveau der Kollegen nicht nur von den Arbeitgebern bestimmt wird, sondern die im Verbandsorganisierte Kraft der Mitgliedschaft der ausschlaggebende Faktor dafür ist.

Zu dem durch die Unternehmer veranlaßten lohnrechtlichen Zustand und den zu erachtenden Maßnahmen, sowie zum Jahresbericht der Branchenleitung und der Neuwahl nimmt die Vollversammlung aller organisierten Tapezierer und Näherinnen am Freitag, dem 13. Januar, abends 7 Uhr, in Boekers Festsaal, Weberstraße 17, Stellung. Niemand darf fehlen!

Die Ortsverwaltung.

Konflikt in der englischen Baumwollindustrie.

Wie die Unternehmer sich sanieren möchten.

London, 10. Januar.

„Daily Telegraph“ meldet aus Manchester, die Vereinigung der Arbeitgeber in der Baumwollspinnerei habe mit Rücksicht auf die Lage der Industrie beschlossen, den Arbeitern in einer gemeinsamen Konferenz vorzuschlagen, die Arbeitswoche von 48 auf 52 1/2 Stunden zu erhöhen und die gegenwärtigen Standardlöhne um 25 Proz. herabzusetzen. Nach Ansicht der Arbeitgeber bedeute dies nur eine 12-prozentige Lohnverminderung, da die längere Arbeitswoche den Unterschied in der Bezahlung so gut wie ausgleichen würde.

Keine Sowjetunterstützung für englische Bergarbeiter

London, 10. Januar. (CP.)

Der Schatzmeister der Bergarbeiterföderation läßt die aus Riga stammende Nachricht dementieren, daß keine Gewerkschaft die russischen Gewerkschaften um eine zinsfreie Anleihe von 50.000 Pfund zur Begleichung von Schulden, die während des Streiks gemacht wurden, angegangen habe.

Moskau behauptet das Gegenteil.

Riga, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Die Zentrale der roten Gewerkschaften in Moskau teilt mit, daß der britische Bergarbeiterverband sie um ein größeres Darlehen ersucht habe. Die roten Gewerkschaften haben dem entsprochen und ein nach drei Jahren rückzahlbares, unverzinsliches Darlehen von 50.000 Pfund gewährt.

Die Behauptung des russischen Gewerkschaftsverbandes — sofern es sich nicht um eine Schwindelmeldung der Rigaer Niederlage handelt — ist unwahrscheinlich. Nach dem englischen Bergarbeiterstreik ist es bekanntlich zum Bruch mit Moskau gekommen, hauptsächlich wegen der distanzierenden Einmischungen Moskaus. Das jetzt ein Pumpversuch gemacht worden sein soll, ist auch unwahrscheinlich, weil die englischen Bergarbeiter gegenwärtig keine Kämpfe haben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geeser; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Arbeiter: R. H. Böhmer, G. G. und G. G.; Reich: J. H. K. K.; Anzeigen: H. G. G.; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Fernruf: 2222. Postfach 100. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gas- u. Kohlenherde



bis zu 18 Monatsraten

Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Str. 122-123

Herren-Maß-Schneiderei

„ALEXECK“

Bismarckstr. 5 II. Etg. Edle Schnittg., erstklassige Stoffe. Solide Preise.

• Ratenzahlung ohne Preiszuschlag •

Bettfedern Adolf Pohl

Dresdener Straße 15

Parlamentsgebäude!

Frische erstklassige allerfeinste Natur-Butter 1.80

II. Sorte 1.60

Wagner, Berlin SO. Mariannenstraße 34. Edle Baumwollstoffe im Bunker Keller.

Blumenspenden über 1000,-

Paul Golletz, Hermannsstraße 3, Edle Baumwollstoffe, Markt Nothof, 105 03

<p>PROGRAMM für die Zeit vom 10. bis 12. Januar 1928</p>		<p>PROGRAMM für die Zeit vom 10. bis 14. Januar 1928</p>	
<p>BTL</p> <p>Potsdamer Straße 38</p> <p>Der Bettelstudent mit Harry Liedtke für Jugendliche freigegeben</p>	<p>Osten</p> <p>Viktoria-Lichtbild-Th.</p> <p>Frankfurter Allee 43</p> <p>Die berühmte Frau Ferner: Schwelk, der Rundenlänger von Prag. Bühnenschau</p>	<p>Passage-Lichtspiele</p> <p>Neukölln, Bergstraße 151-52</p> <p>Die Ausgestoßenen Ferner: Das Brautautomobil Bühnenschau</p>	<p>Marienbad-Palast</p> <p>Badstraße 35-36</p> <p>Czar und Dichter Große Bühnenschau</p>
<p>Rheinstraße 14</p> <p>Der große Sprung Ein heiterer Sportfilm für Jugendliche freigegeben.</p>	<p>Schwarzer Adler</p> <p>Frankfurter Allee 99</p> <p>Senorita Auf der Bühne: So gefällt mir die Welt</p>	<p>Norden</p> <p>Casino-Lichtspiele</p> <p>Brunnenstr. 154</p> <p>Die große Zille-Revue (19 Bilder) Die vom Wedding Dazu: Ehererita (m. Lilian Harvey)</p>	<p>Prinzen-Palast</p> <p>Prinzenallee 43-43</p> <p>Czar und Dichter Große Bühnenschau</p>
<p>Odcon, Potsdamer Str. 75</p> <p>Gustav Moab, du gehst so still... mit Reinh. Schöndel</p>	<p>Concordia-Palast</p> <p>Andreasstraße 64</p> <p>Ein + Eins = Drei (Ehe man Ehemann wird) Der Landarzt mit Rudolf Schildkraut</p>	<p>Senfelder Lichtspiele</p> <p>am Senfelder Platz, Ecke Metzger Straße</p> <p>Lilian Glub in: Der scharlachrote Buchstabe Dazu: Lon Chaney in: Die unheimlichen Drei</p>	<p>„Alhambra“</p> <p>Badstraße 58</p> <p>Der Bettelstudent, mit Harry Liedtke Große Bühnenschau</p>
<p>Turmstraße 12</p> <p>Was Kinder den Eltern verschweigen. Dazu: Sanatorium zur Liebe mit Laura La Plante</p>	<p>Südwesten</p> <p>Film-Palast Kammersäle</p> <p>Teltower Straße 1-4</p> <p>Casanova mit Iwan Mosjukin, Jenny Jugo Dazu das große Belprogramm</p>	<p>Norowaken</p> <p>Welt-Kino</p> <p>Ut Moabit 99</p> <p>Paul Richter als: König der Mittelstürmer Ferner: Der rote Blitz</p>	<p>Humboldt-Theater</p> <p>Badstraße 19</p> <p>Wenn Menschen reif zur Liebe werden Große Bühnenschau</p>
<p>Alexanderstraße 39-40 (Passage)</p> <p>Doktor Bessels Verwandlung Nach dem Roman der Berliner Illustrierten Zeitung</p>		<p>Gesundbrunnen</p> <p>Kristall-Palast</p> <p>Prinzenallee 1-6</p> <p>Sonnenaufgang Große Bühnenschau</p>	<p>Pankow</p> <p>Tivoli-Lichtspiel-Th.</p> <p>Berliner Straße 27</p> <p>Die weiße Sklavin Bühnen: Die 3 Bartels (Das große Ueberholungsrennen) Max Linder, der große Komiker</p>

Inventur-Ausverkauf!

Enorm billige

Gardinen, Bettdecken, Halb-Stores, Teppiche, Läuferstoffe, Vorleger, Tisch-, Diwan- und Schlafdecken, Steppdecken u. Kissen-Garnituren

20 Proz. bis 50 Proz. Preisermäßigung bei allen Artikeln!

Sächsisches Gardinen- und Einrichtungs-Haus

Berlin-Neukölln, Hermannstr. 32

Filiale Eberswalde Eisenbahnstr. 99, neben d. Hauptpost

Filiale Nowawes Priesterstraße 37